

Zum bundesweiten **Aktionstag der Friedensbewegung** am 18. November fordern wir von der künftigen Bundesregierung:

- **Deutschland muss dem UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot beitreten! Die letzten Atombomben auf deutschem Boden in Büchel in der Eifel müssen abgezogen und nicht erneuert werden!**

122 Staaten haben im Juli 2017 einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Bislang fehlt Deutschland bei diesem historischen Abkommen.

Der Abzug der Atombomben aus Büchel wurde bereits im März 2010 vom Bundestag gefordert und diese Forderung der Bundesregierung aufgegeben. Stattdessen wollen die USA diese Bomben nun durch wesentlich zielgenauere ersetzen, und Berlin schweigt dazu.

- **Deutschland darf keine bewaffnungsfähigen Drohnen anschaffen! Die Unterstützung des US-Drohnenkriegs mittels der Relaisstation in Ramstein muss beendet werden!**

Die Anschaffung bewaffnungsfähiger Kampfdrohnen für die Bundeswehr wurde im vergangenen Sommer im Bundestag zwar einstweilen, aber nicht auf Dauer verhindert. Kampfdrohnen machen Kriege aus Sicht des Militärs besser führbar. Der völkerrechtswidrige Drohnenkrieg der USA in Afghanistan, Pakistan, im Jemen und in weiteren Ländern zeigt, wofür diese Waffen geschaffen wurden.

- **Abrüsten statt aufrüsten! Weder im Rahmen der NATO noch innerhalb der neuen europäischen „Verteidigungsunion“ darf der Militäretat erhöht werden!**

Die Umsetzung eines NATO-Beschluss aus 2014 würde für Deutschland eine Fast-Verdoppelung der Rüstungsausgaben von jetzt 37 auf 70 Milliarden Euro im Jahr 2024 bedeuten. Die in der laufenden Woche beschlossene EU-Verteidigungsunion fordert von ihren Mitgliedern „real und regelmäßig wachsende“ Rüstungsausgaben, wobei mindestens 20 % der Etats in Neuinvestitionen, also neue Rüstungsprodukte, zu fließen haben.

Wie halten dagegen: Aufrüstung steigert die Kriegsgefahr, sowohl in Europa als auch in anderen Weltregionen. Kriege bedeuten nicht nur Zerstörung und Tod, sondern auch Flucht und Vertreibung. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss die Kriegsvorbereitung bekämpfen und sich dafür einsetzen, dass massiv abgerüstet wird. Die dadurch eingesparten Gelder sind in die Bekämpfung des Klimawandels, in Projekte für sauberes und bezahlbares Wasser für alle Menschen, in einen gerechten Welthandel, in soziale Projekte und in die Umwandlung der Rüstungsindustrie zu investieren und würden so die Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker schaffen.

**Sie können diese Forderungen an unserem Infostand mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Bezüglich des Atomwaffenverbotsvertrags geht dies derzeit nur online unter: <https://aktion.nuclearban.de/node/9>**

**Außerdem finden Sie Informationen zu den genannten Themen sowie zu den Aktivitäten der Attac-Regionalgruppe Untere Saar auf unserer Webseite: [www.attac-netzwerk.de/untere-saar](http://www.attac-netzwerk.de/untere-saar)**